D-12

Krieg dem Kriege – Keine Aufrüstung mit den Grünen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

China, Russland und die USA modernisieren ihr Atomwaffenarsenal, entwickeln neue Atomraketen und stehen sich zunehmend säbelrasselnd gegenüber. US-Atombomber sind erstmals seit 1991 wieder in 24h-Bereitschaft. Donald Trump stößt wüste Drohungen gegen Nordkorea und den Iran aus. Saudi-Arabien zündelt im nahen Osten.

Es ist nicht mehr zu übersehen: Die Welt befindet sich in einer neuen Rüstungs- und Gewaltspirale. Anstatt die wirklichen globalen Probleme wie Klimawandel, Artensterben, Überbevölkerung, Hunger etc. konsequent anzugehen, werden wieder Unsummen für Rüstung und Krieg ausgegeben. Die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie sind voll und füllen sich weiter. Als ob die Welt nicht schon genügend Probleme hätte.

Die Grünen sind wesentlich aus der Wahrnehmung der globalen Probleme und der Friedensbewegung entstanden. Damit stehen wir in einer besonderen Verantwortung, uns der zunehmenden Militarisierung der internationalen Beziehungen und der damit verbundenen Aufrüstung entgegenzustellen. Eine grüne Außenpolitik setzt auf die friedliche Lösung der globalen Probleme, sie bekämpft den Klimawandel, sie setzt sich gegen das Artensterben und den Hunger in der Welt ein – für eine weitere, menschengemachte Geißel wie den Krieg ist in einer solchen Politik kein Platz. Zukunft wird aus Mut gemacht, nicht aus Panzern, Kanonen und Kriegsgeschrei!

Transatlantisch wird kräftig aufgerüstet und neue Befehlszentren, auch in Deutschland, geplant. Europäisch werden neue „Verteidigungs“-Pläne geschmiedet und die Straßeninfrastruktur kriegstauglich gemacht. Die NATO fordert eine Erhöhung der Rüstungsausgaben von ihren Mitgliedern. In den Sondierungsverhandlungen war schon von einer „Ertüchtigung“ (=Aufrüstung) der Bundeswehr die Rede.

Wir stellen uns dem aufkommenden Militarismus klar entgegen. Mit uns wird es, egal ob in der Regierungsverantwortung oder der Opposition, keine neue Aufrüstungswelle in Deutschland geben. Wir sind dem Planeten Erde und der Menschheit verpflichtet, nicht den Bilanzen von Rüstungskonzernen und den Macht- und Kriegsfantasien politischer und wirtschaftlicher Akteure.

Die Grünen stellen sich, egal ob in Regierung oder Opposition, gegen **jede** Erhöhung des Rüstungshaushalts. Der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot ist für uns eine überfällige Selbstverständlichkeit. Ebenso sind neue NATO Kommando- und Logistikzentren und andere Kriegsertüchtigungen des Landes mit uns nicht zu machen. Das Geld für die Aufrüstung gehört in die Rettung des Planeten, in die Bekämpfung von Armut und Hunger, in den

Klimaschutz und die Bildung gesteckt – die Geißel des Krieges darf nicht zum Sargnagel unseres Planeten werden.

Nie wieder Krieg!

Begründung

Während der Sondierungsverhandlungen ging es in Sachen Aufrüstung, Eskalation und Kriegsvorbereitung Schlag auf Schlag. Die Eskalation rund um Nordkorea und den Iran, die Wiederaufnahme der 24-Stunden-Bereitschaft für US-Atombomber, die Eskalation im Libanon durch Saudi-Arabien, Pläne zur Errichtung eines neuen NATO-Logistikhauptquartiers in Deutschland, der EU-Aktionsplan zur militärfreundlichen Erneuerung des Straßennetzes, die Diskussionen um eine militärische Schengenzone, all dies fand während der Sondierungsgespräche statt.

Hieraus begründet sich auch die Dringlichkeit des Antrags. Es ist höchste Zeit, aufzuwachen, und sich dieser Entwicklung mutig entgegenzustellen!

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Günter Six (Darmstadt-Dieburg KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Milan Aljoscha Schröder (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Henry Jensen (Düsseldorf KV); Cornelia Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Kerstin Dehne (München KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Ines Advena (Münster KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Reinhard Bayer (Gießen KV)